
Freitag, 21. März 2014

Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden":

Kommunalkonferenz in Mülheim an der Ruhr

Bereits 20 Kommunen außerhalb von Nordrhein-Westfalen, die ebenfalls mit Finanzproblemen kämpfen, sind daran interessiert, die Kampagne des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses der Städte und Kreise vorwiegend aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land mit der Forderung nach Entlastung vor allem von Soziallasten zu unterstützen. Über die ganz konkrete Alltagswirklichkeit in finanziell notleidenden deutschen Städten beraten deshalb am 21. März 2014 im Rathaus in Mülheim an der Ruhr fast 40 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Kämmerer in einer Kommunalkonferenz des Aktionsbündnisses "Raus aus den Schulden / Für die Würde unserer Städte".

Eingeladen haben dazu als Sprecher des Aktionsbündnisses Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) und Wuppertals Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) sowie für ihre Kämmererkollegen Uwe Bonan (Mülheim an der Ruhr) und Stadtdirektor Dr. Johannes Slawig (Wuppertal). Zu den Gästen des seit Jahren erfolgreich agierenden Bündnisses zählen damit erstmals zusätzlich Verwaltungs- und Finanzchefs von Kommunen aus mehreren weiteren Bundesländern. Zu ihnen gehören auch Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, der Präsident des Deutschen Städtetages, und Helmut Dedy, der Stellvertretende Hauptgeschäftsführer und Finanzdezernenten dieses Kommunalen Spitzenverbandes.

Im Kern geht es bei der Mülheimer Konferenz darum, Politik und Öffentlichkeit auf die immer größer werdende Kluft zwischen armen und reichen Kommunen in Deutschland aufmerksam zu machen. Weil inzwischen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in notleidenden Städten gegenüber reichen Kommunen in einer für den gesamten Staat und die demokratische Grundordnung fast schon bedrohlichen Weise längst nicht mehr gegeben ist, fordert das Aktionsbündnis von Bund und Ländern nach bereits sehr schmerzhaften eigenen Konsolidierungsmaßnahmen als Hilfe zur Selbsthilfe zunächst mehr Bundes- und Länderunterstützung zur Entlastung von Kosten vor allem im So-

zialbereich. Letztendlich fordert das Aktionsbündnis eine Bund-Länder-Initiative zur nachhaltigen Kommunalen Finanzreform. Aktuell wehren sich die Verwaltungschefs und Kämmerer massiv gegen den weitverbreiteten Eindruck, angesichts kräftig sprudelnder Gewerbesteuereinnahmen sei die Finanznot der deutschen Kommunen überwunden. Das sei ein Irrtum auf der Basis von statistischen Daten, die mit Durchschnittswerten ein völlig falsches Bild zeichnen. Das sei wie ein schönfärbender Bericht über die Höhe von Altersbezüge, die absichtlich diejenigen außer Acht lässt, die gerade Renten in Höhe des Existenzminimums beziehen.

Das bislang nur auf Nordrhein-Westfalen konzentrierte Aktionsbündnis, das mit seiner bisherigen Kampagne den Landtag zu einer Sondersitzung zur kommunalen Finanznot zwang und damit den NRW-"Stärkungspakt Stadtfinanzen" einleitete, lobt zwar auf der einen Seite die Entlastungen durch die von der Bundesregierung und den Länderkabinetten bereits zugesagten Bundes- und Landeshilfen, fordert jedoch auf der anderen Seite ebenso deutlich eine parteiübergreifende Initiative für ein besseres, nachhaltig helfendes Gemeindefinanzsystem.

Die das Aktionsbündnis tragenden Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Landräte und Kämmerer, die allesamt in den Gremien der Kommunalen Spitzenverbände engagiert mitarbeiten, wollen mit ihrer neu aktivierten Kampagne die Bemühungen der Kommunalen Spitzenverbände um eine ausreichende und aufgabenangemessene Finanzausstattung der deutschen Städte und Gemeinden flankieren und unterstützen.

Städteinitiative für ein besseres Gemeindefinanzsystem

Die ökonomischen, sozialen und fiskalischen Schwächen des Gemeindefinanzsystems werden insbesondere durch vier Systemfehler bewirkt:

Die Sozillastenfinanzierung missachtet das Konnexitätsprinzip und stellt insbesondere strukturschwache Kommunen vor erhebliche Finanzierungsprobleme, zumal sie auf der Einnahmenseite entsprechenden Mindereinnahmen aufweisen, und der kommunale Finanzausgleich Bedarfslücken aus anreizpolitischen Überlegungen – zurecht – auch immer nur teilweise ausgleicht. Egal, wie hoch der Ausgleich ausfällt, es bleibt eine Lücke, deren kumulative Wirkung über lange Zeiträume nicht zu unterschätzen ist.

Vor dem Hintergrund der stark angewachsenen interkommunalen Disparitäten und der nicht hinreichenden Soziallastenfinanzierung ist ein angesichts eines hohen Kommunalisierungsgrades nicht hinreichend dotierter Finanzausgleich überfordert, gleichzeitig strukturschwache Kommunen wirksam im Strukturwandel zu stützen und für alle übrigen Kommunen eine aufgabenangemessene Finanzausstattung sicher zu stellen. Für viele Landesregierungen ist eine aufgabenangemessene Finanzierung ihrer Kommunen keine politische Zielkategorie. Sie setzt auf temporäre Hilfen und überlässt es Bund und Kommunen, die strukturellen Beiträge zu leisten.

Die deutsche Gewerbesteuer ist in den letzten Jahrzehnten in zwei Reformschritten ausgehöhlt (Abschaffung der Arbeits- und der Kapitalkomponente) und zu einer allein gewinnorientierten Wirtschaftssteuer umgebaut worden. Gerade in wirtschafts- beziehungsweise strukturschwachen Städten kann sie ihrer Finanzierungsaufgabe immer weniger gerecht werden. Wer die Unternehmen aus der Finanzierungspflicht entlässt, muss sich nicht wundern, wenn die kommunalen Haushaltsprobleme sich verstärken.

Letztendlich sind insbesondere die strukturschwachen Kommunen in Westdeutschland überfordert, ihren Solidarbeitrag zur Finanzierung des Aufbaus Ostdeutschlands zu leisten, weil ihnen angesichts ihrer finanziellen Belastungen der zusätzliche Mittelabfluss gerade jene Mittel weiter beschneidet, die sie zur Bewältigung ihres eigenen Strukturwandels dringend benötigen.

Problematisch ist aber nicht nur die ungünstige eigene Entwicklung. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in struktur- und finanzschwachen Kommunen können prosperierende Regionen zusehends ihre Infrastruktur modernisieren und ausbauen sowie die lokalen Steuersätze niedrig halten. Damit verbessern sie ihre Standortbedingungen, während in finanzschwachen Kommunen die Konsolidierungserfordernisse zum Gegenteil führen.

Das gegenwärtige Gemeindefinanzsystem bietet keine hinreichende Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik, denn es ist angesichts des in einem hohen Maße gesetzlich definierten kommunalen Aufgabenkatalogs unterfinanziert – oder aber mit Aufgaben überfrachtet.

Drei Forderungen – auf dem Weg zu einer nachhaltigen Kommunalpolitik:

Die finanzschwachen Kommunen sind weiterhin zu schmerzhaften Einschnitten für ihre Bürger bereit, pochen aber auch auf die notwendigen Reformen bei Bund und Land.

Die Finanzierung von sozialen Aufgaben aus Kassenkrediten ist das Gegenteil einer zukunftsgerichteten Politik in Städten, Kreisen und Gemeinden.

Oberstes Ziel ist eine nachhaltige Kommunalpolitik. Dies wird auf Dauer nur erreichbar sein, wenn ein dauerhaft tragfähiger Weg aus der Schuldenfalle gefunden wird.

Als drängendste Aufgaben sind zu nennen:

- die Verankerung eines Handlungskonzeptes zur Sicherung einer nachhaltigen Kommunalpolitik, das auch von Bund und Land insgesamt sowie von den einzelnen Ressortpolitiken durch eine konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips respektiert wird,
- die Neuordnung der Sozillastenfinanzierung im föderalen Staat,
- die Schaffung eines aufgabenangemessenen kommunalen Finanzausgleichs,
- die Förderung strukturschwacher Kommunen in Ost und West,
- eine angemessene Berücksichtigung der kommunalen Stadt-Umland-Finanzierung durch Bund und Länder.